

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Zimmermann, Leiter des Amtes für Natur- und Landschaftsschutz des Rhein-Sieg-Kreises sowie Herrn Persch als Projektleiter.

In seinen einleitenden Worten erinnerte Herr Gleß an die verschiedenen interkommunalen Projekte wie z. B. das Biotop-Verbundsystem oder das Grüne C. Hierzu passe auch das Förderprojekt „Natur- und Kulturlandschaft zwischen Siebengebirge und Sieg“ durch den Rhein-Sieg-Kreis. An diesem Projekt seien insgesamt fünf Kommunen beteiligt. Auch wenn die Stadt nur einen geringen Anteil an diesem Projekt habe, biete es aber die Möglichkeit, Biotope, landschaftsästhetisch bedeutsame Räume und ökologisch wertvolle Flächen miteinander zu verknüpfen.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellten abwechselnd Herr Zimmermann und Herr Persch das Förderprojekt vor.

Eine Frage von Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion wurde dahingehend beantwortet, dass man eine Förderkulisse bilde die es zulasse, flexibel auf Flächen zu reagieren falls sich abzeichnen sollte, dass mit dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks keine Kooperation zustande kommt.

Es gäbe einen projektbegleitenden Arbeitskreis, worin Einzelheiten des Projektes partnerschaftlich mit den Verwaltungen und den Grundstückseigentümern entwickelt werden. Mit den jeweiligen Städten und Gemeinden werden kleinere Arbeitsgruppen eingerichtet, worin die die Kommunen betreffenden Interessen behandelt werden

Ferner teilte Herr Zimmermann mit, dass § 2 der Verwaltungsvereinbarung noch anders formuliert wird.

Danach beantworteten die Vertreter des Kreises weitere Verständnisfragen, u. a. von Herrn Montexier vom Integrationsrat und Herrn Nettesheim von der SPD-Fraktion.

Auf weitere Nachfrage teilte Herr Zimmermann mit, dass das Projekt bereits in sämtlichen beteiligten Kommunen vorgestellt worden sei. Es gebe unterschiedliche Beschlusslagen in den Kommunen, grundsätzlich sei überall eine positive Tendenz vorhanden.

Herr Pütz von der FDP-Fraktion stellte Fragen bezüglich der Landschaftspflege, besonders auch nach dem Jahr 2023.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßte den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung. Seiner Erinnerung nach sei das Thema Umweltbildung auch Bestandteil des Förderprogramms.

Frau Feld-Wielpütz wollte wissen, ob die Stadt mit einem höheren Betrag zu rechnen habe oder ob es bei dem aufgrund der Flächen ermittelten Schlüssel von 5 % Anteil an den Kosten bleibe. Sie stellte das Prinzip der Freiwilligkeit heraus. Im Gegenzug werde die Vereinbarung aber bis zum Jahr 2023 beschlossen. Daher stellte sie die Frage, ob nach der Planungsphase die Möglichkeit bestünde, ggf. aus der Vereinbarung auszusteigen oder ob sie wegen der Verlässlichkeit für den gesamten Zeitraum gelte.

Sollte man nach dem Planungszeitraum von zwei Jahren feststellen, dass die Angelegenheit nicht tragbar ist, sei es dann sehr zu bedauern, meinte Herr Zimmermann. Aus diesem Grund sei von Anfang an eine enge Kooperation zwischen dem Kreis und den Städten wichtig.

Ziel sei die Beteiligung aller Partner am Ende der Planung. Würde das nicht erreicht, müsste man sich erneut zusammensetzen. Der Finanzierungsschlüssel auf Grund des Flächenanteils sei momentan die einzige greifbare Größe. Sollte es im Rahmen der Planung dazu kommen, dass es in einer einzelnen Gemeinde zu einer Ballung von Maßnahmen käme, sei es den beteiligten Kommunen überlassen, einen neuen Verteilerschlüssel zu finden.

Die Folgepflegemaßnahmen würden bei den Planungen berücksichtigt. Diese könne man z. B. in das Kulturlandschaftsprogramm übernehmen oder man könne die Pflegekosten kapitalisieren und mit Verbänden bzw. Institutionen Verträge über die Pflege abschließen.

Herr Gleß bedauerte, dass der Einsatz der eigenen Ressourcen leider nicht gefördert wird. Angesiedelt sei das Projekt beim BNU. Von dort werde die Teilnahme an den Arbeitsgruppen erfolgen. Die weitere Beteiligung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses sei gegeben, da die Verwaltung in regelmäßigen Abständen über den Fortgang des Projektes berichten werde. Stünden Entscheidungen an, würden diese vom Ausschuss zu beschließen sein.

Bezüglich der Umweltbildung durch das geplante Umwelt-Science-Center läge man im Bereich der Flächen, die in der Stadt Sankt Augustin für das Projekt vorgesehen sind. Er erwarte, dass die Beratungen zu diesem Center fortgesetzt werden.